



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 17.10.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 20. Oktober 2025

Fokusthema: **Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt von vier neuen Ratsmitgliedern und der Wahl von vier neuen Kommissionsmitgliedern fünf Postulate zu Solaranlagen, Landfill Mining und PV-Anlagen als erledigt abschreiben. Dazwischen – als Traktandum 9 – wird sich der Rat einer PI zu Flüsterbelägen widmen. Anschliessend steht eine Änderung des Mehrwertausgleichsgesetzes auf der Traktandenliste. In der vorberatenden Kommission umstritten war die PI betreffend «Ökologischer Ausgleich», die gegen Ende der Sitzung behandelt werden dürfte. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird der Rat ein paar Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen.

Fünf Postulate sollen als erledigt abgeschlossen werden

Keine langen Debatten dürfte die Abschreibung von fünf Postulaten auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Rat einstimmig, die Postulate abzuschreiben.

Mit dem Postulat betreffend «Solaranlagen auf den Flachdächern» von SVP, FDP, GLP, Grünen, EVP und Mitte hatte der Kantonsrat den Regierungsrat eingeladen, im Planungs- und Baugesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche es den Gemeinden ermöglicht, Solaranlagen auf Flachdächern im Meldeverfahren zu bewilligen ([KR-Nr. 10/2021](#)). Eine weitreichende Ausweitung des Meldeverfahrens für Solaranlagen ist mit der Anpassung der Bauverfahrensverordnung per 1. Januar 2023 erfolgt. Die Forderungen des Postulates wurden somit vollständig erfüllt.

Zum Postulat «Landfill Mining – Deponien als Ressourcen» der FDP hat der Regierungsrat über das Potenzial des Landfill Minings für den Kanton Zürich informiert und aufgezeigt, wie dieses Potenzial erschlossen werden kann ([KR-Nr. 357/2022](#)).

Ebenfalls als erledigt abgeschlossen werden sollen drei Postulate der FDP zu PV-Anlagen, konkret betreffend «Bau und Koordination von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Nationalstrassen» ([KR-Nr. 431/2022](#)), «Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Staatsstrassen» ([KR-Nr. 432/2022](#)) und «Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen im Raum der Trassees des öffentlichen Verkehrs» ([KR-Nr. 433/2022](#)). Mit den Postulaten wurde der Regierungsrat eingeladen, zu prüfen, wie der Raum entlang der genannten Transportinfrastrukturen zeitnah zur Energiegewinnung mittels Photovoltaikanlagen genutzt werden könne. In seiner gemeinsamen Antwort auf alle drei Postulate legt der Regierungsrat dar, dass bei Standorten entlang von Strassen und Schienen zahlreiche, insbesondere auch sicherheitstechnische Kriterien zu berücksichtigen sind. Die Eignung bestimmter Streckenabschnitte müsse deshalb im Einzelfall beurteilt werden. Das vorhandene Potenzial werde aber in Zukunft noch deutlich stärker genutzt werden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Parlamentarische Initiative zu lärmarmen Belägen soll abgelehnt werden

Um zu verhindern, dass Wohnbauprojekte wegen überschrittener Lärmschutzgrenzwerte gestoppt werden, sollen vermehrt Flüsterbeläge verlegt werden. Dies forderte EDU-Kantonsrat Thomas

Lamprecht mit der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Flüsterbeläge: Bauen an Strassen ermöglichen». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 53/2022](#)). Nach eingehender Beratung kam die Kommission zum Schluss, dass das Anliegen der PI in der heutigen Praxis bereits berücksichtigt wird und eine gesetzliche Regelung daher keinen Mehrwert bringen würde.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Mehrwertausgleichsgesetz soll angepasst werden

Der kantonale Mehrwertausgleichsfonds (MAF) soll sich neu auch für Entschädigungen der Gemeinden bei Auszonungen verschulden können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, der Änderung des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) betreffend «Verschuldung des kantonalen Mehrwertausgleichsfonds» zuzustimmen ([5968](#)). Die Kommission hat ausserdem das Anliegen der parlamentarischen Initiative von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel betreffend «Frist Umsetzung MAG in den Gemeinden» aufgenommen ([KR-Nr. 136/2023](#)) und schlägt vor, die Frist zur Anpassung der kommunalen Bau- und Zonenordnungen (BZO) an die Bestimmungen zum kommunalen Mehrwertausgleich zu verlängern. Ein Teil der Kommission ist zwar gegen die Erweiterung der Verschuldungsmöglichkeit, unterstützt jedoch wie auch der Rest der Kommission die Fristverlängerung. Die übrigen Kommissionsmitglieder halten die zusätzliche Verschuldungsmöglichkeit hingegen für eine sinnvolle Lösung, um Auszonungen finanzieren zu können, ohne dass es zu längeren Wartezeiten bei den Auszahlungen der Beiträge an die Gemeinden kommt.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 079 295 90 22

Auf ökologischen Ausgleich ausserhalb der Bauzonen soll verzichtet werden

Eine ausführliche Debatte zeichnet sich zur PI betreffend «Ökologischer Ausgleich» von GLP-Kantonsrat Andreas Hasler ab. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 395/2019](#)). Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass eine Pflicht, bei Bauten ausserhalb der Bauzone einen ökologischen Ausgleich zu leisten, die Landwirtschaft zu stark beeinträchtigen würde. Die Minderheit (SP, GLP, Grüne) hingegen erachtet die Einführung einer gesetzlichen Grundlage für diesen ökologischen Ausgleich als dringend erforderlich, um die Vorgaben des Bundesrechts zu erfüllen und die Biodiversität zu schützen. Sie beantragt, der PI zuzustimmen und diese zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs an die KPB zurückzuweisen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), 079 424 69 11

Vorstösse zu Amateurfunk und Baubewilligungen

Sollte noch Zeit bleiben, wird sich der Rat mit ein paar Vorstössen beschäftigen, welche die Baudirektion betreffen. EDU-Kantonsrat Hans Egli möchte, dass einfache Stab- und Drahtantennen im vereinfachten Verfahren bewilligt werden ([KR-Nr. 188/2023](#)). Und FDP-Kantonsrat Stephan Weber will den Regierungsrat beauftragen, die gesetzlichen Grundlagen im ordentlichen Baubewilligungsverfahren so anzupassen, dass nach der dreiwöchigen Vorprüfungsfrist wegen der Einforderung von zusätzlichen Unterlagen keine Sistierungen des Verfahrens und somit kein Unterbruch der Behandlungsfristen mehr möglich sind ([KR-Nr. 228/2023](#)).

Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26

Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung steht der Eintritt von vier neuen Mitgliedern des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Florian Meier wird der 41-jährige Bauingenieur Jonas Pfister (Grüne, Winterthur) sein Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 202/2025). Für Jean-Philippe Pinto kommt die 47-jährige Projektleiterin Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Forch) (KR-Nr. 301/2025). Die 40-jährige Leiterin Nachhaltigkeit Martina Novak (GLP, Zürich) übernimmt den Sitz von Nathalie Aeschbacher (KR-Nr. 302/2025). Und der 53-jährige Unternehmer Sascha Ullmann (GLP, Zollikon) wird Thomas Wirth ersetzen (KR-Nr. 328/2025). Anschliessend müssen vier neue Kommissionsmitglieder gewählt werden. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil) als Nachfolgerin von Jean-Philippe Pinto als Präsidentin der GPK vor ([KR-Nr. 274/2025](#)). In der KPB soll Monica Sanesi (GLP, Zürich) Nathalie Aeschbacher ersetzen ([KR-Nr. 289/2025](#)), und der neugewählte Sascha Ullmann Thomas Wirth ([KR-Nr. 290/2025](#)). Und in der WAK soll auf Monica Sanesi Stephan Hegetschweiler folgen ([KR-Nr. 291/2025](#)). Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Veranstaltungshinweis:

Sportlich wird es am Nachmittag zu und her gehen. Von 16.00 bis 18.30 Uhr treffen sich rund 50 Ratsmitglieder auf den ASVZ-Sportanlagen Fluntern zu einem Polysportanlass. Die Politikerinnen und Politiker werden die Möglichkeit haben, verschiedene Sportarten auszuüben. Die Teilnehmenden haben sich dabei zwischen Padel-Tennis, Pickleball, Badminton, Tischtennis, Golf, Tischfussball, Beachvolleyball und Beachtennis entscheiden können. Sinn und Zweck des vom Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) organisierten Anlasses: Sport über die politischen Grenzen hinaus treiben. Anmeldungen sind bis heute Abend an nryser@zks-zuerich.ch, 044 802 33 76, zu richten.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12